

75-331-1

Aus dem Besitz des RA. Dr. Fritsch,
Augsburg, der den ehem. Reichsminister
Lutz Graf Schwerin von Krosigk vor
dem Militärtribunal in Nürnberg ver-
teidigte.

29.10.1953

Eidesstattliche Erklärung.

Ich, Dr. Franz SCHOLL, geboren am 1. 3. 92 in *Köln*
wohnhaft in Hamburg, Klein-Plottbek, Ohnhorststrasse 28, bin zunächst
darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich mich strafbar mache, wenn
ich eine falsche eidesstattliche Erklärung abgebe. Ich erkläre an
Eidesstatt, dass meine Aussage der Wahrheit entspricht und gemacht
wurde, um als Beweismaterial dem Militärgerichtshof IV im Justizpalast
zu Nuernberg, Deutschland, vorgelegt zu werden.

Ich war zunächst Regierungsrat beim Finanzamt Koeln-Sued und dann beim
Landesfinanzamt Koeln. Im Jahre 1935 wurde ich in das Reichsfinanzmini-
sterium berufen. Vom 1. November 1937 bis 31.3.1943 war ich Leiter des
Ministerbueros und gleichzeitig persoenerlicher Referent des Reichsmini-
sters der Finanzen. Am 1.4.1943 wurde ich als Oberfinanzpraesident nach
Hamburg versetzt.

Ich bin nach der Machtuebernahme 1933 der NSDAP beigetreten. Ich habe
weder dem Korps der politischen Leiter, noch der SA, SS, HJ oder einer
der sonst in Nuernberg verurteilten Organisationen angehört. Ich habe
mich niemals als Parteigenosse aktivistisch betastigt. Meine Erklärung
ist durch meine Zugehoerigkeit zur Partei in keiner Weise beeinflusst.

Als Leiter des Ministerbueros und persoenerlicher Referent bestand meine
dienstliche Aufgabe darin, den Verkehr der vortragenden Beanten des Mini-
steriums mit dem Minister und dessen Verkehr mit den anderen Ressorts
(Vortraege, Besprechungen, Besuche, Reisen) zu regeln, sowie die Person
des Ministers zu betreuen. An den sachlichen Entscheidungen habe ich nicht
teilgenommen und hatte auch keinen Einfluss auf sie.

1) Ich habe Herrn Minister im Sommer 1933, als ich beim Landesfinanzamt Koeln taetig war, kennengelernt. Damals war das bekannte Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 8. April 1933 durchzufuehren. Es handelte sich im wesentlichen darum, politisch belastete Beamte in den Ruhestand oder an eine andere als die bisherige Dienststelle zu versetzen. Der Minister hatte sich in jedem Einzelfall die persoenliche Entscheidung vorbehalten. Er fuhr damals durch alle Oberfinanzbezirke Deutschlands und liess sich jeden dieser Faelle persoenlich vortragen, um daraufhin seine Entscheidung zu faellen. So kam er damals auch nach Koeln. Es ist mir unvergesslich geblieben, dass er stets - sehr gegen den Willen der Partei - in dem Bestreben, dem Betroffenen weitestgehend zu helfen, den mildesten Ausweg suchte. Immer wies er darauf hin, dass die Entscheidung sozial und menschlich gerechtfertigt sein muesse. Charakteristisch fuer seine innerlich gegnerische Einstellung zu dem Problem war u.a. ein damals viel besprochener Vorfall, ^{Ein Beamter,} der einer der unter das Gesetz fallenden Parteien angehört hatte, sollte auf Draengen der NSDAP aus dem Westen nach Ostpreussen abgeschoben werden. Der Minister wandte sich laechelnd an die Kommission und entschied: "Wir wollen ihn nach Thueringen begnadigen."

Die Reichsfinanzverwaltung ist seit ihrem Bestehen stolz darauf gewesen, dass sie keine politische, sondern eine reine Fachverwaltung war und als solche auch allgemein angesehen wurde. In keiner der grossen Verwaltungen des Reichs hat sich daher der aktivistische Einfluss nationalsozialistischer Politik so wenig durchgesetzt, wie in der Reichsfinanzverwaltung. Freilich sind viele ihrer Angehoerigen nach der Machtuebernahme nominelle Mitglieder der Partei geworden, aber die ganze Personal-

politik basierte in erster Linie auf der Auswahl von fachlich tuech-
 tigen Beamten. Gegen diese klare Haltung des Ministers kamen auch
 anders gerichtete Bestrebungen des Staatssekretaers REINHARDT, den
 die Partei als ihren Funktionaer in das Reichsfinanzministerium ge-
 bracht hatte, nicht zum Durchbruch. Seine naechste Umgebung hat der
 Minister niemals nach Parteizugehoerigkeit ausgesucht. So nahm er
 mich Ende 1937 als persoenlichen Referenten, obwohl er wusste, dass
 ich ueberzeugter Katholik war und vor 1933 jahrelang der Zentrums-
 partei angehoert hatte. Meine beiden naechsten Mitarbeiter, die Amts-
 raete KURZE und Dr. GRABS, gehoerten ueberhaupt nicht der Partei an
 und sind trotz des starken Widerstandes der nationalsozialistischen
 Vertrauensmaenner im Ministerium durch das energische Eintreten des
 Ministers befoerdert wurden. Von den persoenlichen Sekretaerinnen
 hat niemals eine der Partei angehoert.

Als ich persoenlich damals den Gepflogenheiten anderer Ministerien
 folgend einen Ehrenrang in der SS verliehen bekommen sollte, habe
 ich Herrn Minister gebeten, das zu verhindern. Er hat mir damals so-
 fort seine Hilfe zugesagt und die Angelegenheit ist nicht weiter
 verfolgt worden.

Der Minister ist der NSDAP aus eigenem Entschluss niemals beigetreten.
 Hitler hat ihm lediglich 1936, wie anderen Ressortchefs, die nicht
 Parteigenossen waren, das goldene Ehrenzeichen der Partei verliehen
 und ihn damit in die Partei aufgenommen. Den Gruss "Heil Hitler" hat
 er von sich aus niemals gebraucht und nur bei offiziellen Anlaessen,
 wenn es unvermeidbar war, angewandt. Sein Verkehr mit Repraesentanten

- 4 -

der Partei beschränkte sich auf die durch seine Stellung unvermeidbar gebotenen Gelegenheiten. Mit öffentlichen Ansprachen ist er wenig hervorgetreten. Wenn er sprach, so nur über sein eigenes Fachgebiet, wie Finanzierungsfragen, Zoll- oder steuerpolitische Probleme. Jedem Angehörigen des Ministeriums bewusst, bildete er den Gegenpol gegen eine aktivistische, nazistische Politik, die lediglich von Staatssekretär REINHARDT betrieben wurde. Alle Nichtparteilgenossen, bloße Mitläufer der Partei, solche Personen, die früher anderen politischen Parteien angehört hatten, wussten, dass sie von ihm stets geschützt und gedeckt wurden.

2) Graf SCHWERIN v. KRÖSICK war als ausgesprochener Kriegsgegner in allen Kreisen Berlins bekannt. Er hat nichts so sehr gefürchtet, als dass das deutsche Volk in einen neuen Krieg hineingetrieben würde. Er hat mir gegenüber verschiedentlich seine große Sorge über die Politik Hitlers zum Ausdruck gebracht und ihn wiederholt als einen gefährlichen Hasardeur bezeichnet. Bei dem Einmarsch in Oesterreich sagte er mir: "Es ist mir nicht wohl bei diesem neuen Streich." Er hat die ganzen Jahre über in ständiger schwerer Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes geangstet und immer versucht, seine Besorgnisse auch Hitler selbst vorzutragen. An ihn ist er aber niemals zu einer vertraulichen Besprechung, besonders nicht in den entscheidenden Stunden herangekommen. Die Umgebung Hitlers verstand es immer, ihn fern zu halten. Während meiner ganzen Dienstzeit im Ministerbüro hat m.W. der Minister nur an einer Kabinettsitzung - im Dezember 1937 - , die sich mit Fragen der Beamtenbesoldung befasste, teilgenommen und

im Herbst 1938 an einer kurzen Besprechung bei Hitler ueber Etatsfragen. Seitdem haben weder Kabinettsitzungen stattgefunden, noch ist der Minister jemals wieder bis zu meinem Weggang im April 1943 von Hitler empfangen worden. Insbesondere also auch nicht vor Kriegsausbruch oder waehrend des Krieges. Er war auch nicht Mitglied des Reichsverteidigungsrates, wie er ueberhaupt an den grossen Entscheidungen niemals beteiligt oder auch nur dazu gehoert worden ist.

Die Sudetenkrise hat den Minister mit grosser Besorgnis erfuellt. Er hat damals seine Sorgen besonders mit Baron v. NEURATH besprochen und ihn veranlasst, Hitler aufzusuchen und ihm die Bedenken gegen eine gewaltsame Loesung klar zu machen. Es war dies an dem Vormittag, als Hitler mit Mussolini ueber das Zustandekommen der Muenchener Konferenz telefonierte. Als bald darauf der Minister durch Herrn v. NEURATH erfuhr, dass in Muenchen eine Konferenz der fuehrenden Staatsmaenner stattfinden sollte, atmete er erleichtert auf. "Dem Himmel sei Dank, jetzt ist der Frieden gesichert", rief er. Ich habe Herrn Minister in der ganzen Zeit meiner Taetigkeit nie so gluecklich gesehen, wie nach dem Zustandekommen der Konferenz in Muenchen. Von dem Ueberfall auf Prag wie spaeter vom Kriegsausbruch gegen Polen wurde er ebenso voellig ueberrascht, wie wir alle.

Es ist mir bekannt, dass der Minister waehrend der Sudetenkrise sich mit dem Gedanken trug, sein Amt niederzulegen. Diesen Gedanken gab er nach der friedlichen Loesung wieder auf. Nach Ausbruch des Krieges erschien es ihm als deutschen Beamten unmoeglich, aus dem Amte zu scheiden. "Ich kann jetzt nicht fahnenfluechtig werden." Zu diesem Fragenkomplex hat er haeufiger geaeussert, dass er im Amte bleiben muesse, weil unter einem Nachfolger die Gefahr der nazistischen Politisierung und der voelligen Zerruetzung der Reichsfinanzverwaltung

gegeben sein wuerde. Wir empfanden alle, dass er nur aus Pflicht-treue, da er fuer seine Person nie eine Schonung kannte, im Amte verblieb.

Da er an Hitler nicht herankam hat er in mehrfachen langen persoerlichen Schreiben, die er allein abfasste, seine warnende Stimme Hermann Goering gegenueber erhoben. Er hat ihm mehrfach die ernste Lage der Reichsfinanzen geschildert. Er hat vor einer gewaltsamen Loesung der politischen Konflikte gewarnt und ausgefuehrt, dass die strittigen Probleme durchaus auf friedliche Weise geloest werden koennten. Nach Ausbruch des Krieges mit Polen hat er vor einem Angriff auf England gewarnt. Er hat Goering auch d'inglichst aufgefordert, seinen Einfluss gegen ein russisches Abenteuer geltend zu machen. Eine Antwort hat er nie erhalten. Ueber den negativen Ausgang all seiner Warnungen ist der Minister, der von den fuehrenden Maennern der Regierung politisch voellig ignoriert wurde, sehr deprimiert gewesen.

3) Als Mensch und Christ ist Graf SCHWERIN v. KROSIGK uns allen leuchtendes Vorbild gewesen. Der Ideologie des Nationalsozialismus hat er kalt ablehnend gegenueber gestanden. Er war ueberzeugter Anhaenger der Bekenntniskirche und unterstuetzte sie soweit dies immer in seinen Kraefte stand. Den Rassenwahn und die Verfolgung Andersgesinnter lehnte er scharf ab. Fuer Juden und juedisch Versippte hat er sich mit ruehrender Hilfsbereitschaft eingesetzt. In mehrfachen Eingaben an Himmler hat er das Los von juedisch belasteten

Beamten seines Ministeriums und anderen (so des fruheren Staatssekretars ZARDEN, des Ministerialdirigenten von NORDEN, des Reichsfinanzrats a.D. Dr. GRABOWER, des Reichsgerichtsrats a.D. SIMONSON) zu erleichtern und sie vor der Verbringung in das KZ Theresienstadt zu behueten versucht. Auf diese Eingaben hat er auch von Himmler niemals eine Antwort erhalten. Nicht nur auf Grund seiner ganzen Haltung, sondern auch durch seine Stellungnahme zum Problem des Zollgrenzschutzes hat er sich bei Himmler verhasst gemacht. Das Ziel Himmlers ging immer dahin, den Zollgrenzschutz der Gestapo zu unterstellen, waehrend v. KROSIGK die Aufgaben dieses Teiles seiner Verwaltung lediglich auf den reinen zollnerischen Schutz der Grenzen beschraenkt wissen wollte. Er wollte eine strenge Trennung zwischen dem Zollgrenzschutz und der Grenzpolizei aufrechterhalten.

Er hat niemals die Verfolgung von Juden oder Emigranten beim Grenzuebertritt geduldet. Das wusste Himmler auch und deshalb ging sein Streben dahin, den Zollgrenzschutz der Grenzpolizei einzuordnen. Erst nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 ist es ihm gelungen, einen entsprechenden Fuehrerbefehl zu erhalten.

Als Vater einer zahlreichen Familie und als Beamter war Graf SCHWERIN v. KROSIGK von dersaubersten Lebensfuehrung. Fuer ihn ist kein Ministerpalais geschaffen worden wie etwa fuer Funk, Rosenberg, Lammers und andere. Er ist bewusst in der einfachen Einfamilienwohnung der Beamten-siedlung bis zu ihrer Zerstoeerung durch Fliiegerbomben auch als Minister geblieben, die er schon als Ministerialrat inne hatte. Er hat niemals


eine Dotation erhalten. Auf seinen Dienstreisen hat er niedric ihm besoldungsmaessig zustehenden Dienstreisekosten liquidiert, sondern alles aus eigenen Mitteln bezahlt. Die Reisen des Ministers wurden immer im einfachsten Rahmen durchgefuehrt.

Ausser den nach der Besoldungsordnung ihm als Reichsminister zustehenden Bezuegen erhielt er, wie die uebrigen Minister, durch regelmaessige Zuwendungen aus der Kasse Hitlers - als des Fuehrers und Reichskanzlers - Summen fuer ausserordentlichen Dienstaufwand, die auf sein Konto ueberwiesen wurden. Er hat diese Aufwandsentschaedigungen von seinen uebrigen Einnahmen getrennt behandelt. Als sie im Herbst 1942 auf 42 000 RM aufgelaufen waren, bildete er aus dieser Summe die "Graf Schwerin v. Krosigk-Stiftung". Sie wurde vor einem oeffentlichen Notar errichtet. Als Stiftungszweck wurde bestimmt, dass die Zinsen von diesem Betrag, dessen spaetere Auffuellung der Minister sich vorbehielt, zugunsten von notleidenden Familienangehoerigen gefallener Gefolgschaftsmitglieder des Reichsfinanzministeriums verwandt werden sollten. Wuerde einmal der Stiftungszweck wegfallen, so sollte der ganze Stiftungsbetrag der oeffentlichen Hand anheimfallen. Die Verteilung der Zinsen erfolgte satzungsgemaess durch einen Verwaltungsrat, der aus drei Mitgliedern des Reichsfinanzministeriums gebildet wurde. Der Minister selbst gehoerte diesem nicht an. Bei Errichtung der Stiftung brachte er mir gegenueber klar zum Ausdruck, dass er von den ihm seitens Hitlers zugeflossenen Mitteln nichts fuer sich verwenden wollte.

Diese Stiftung war auch ein Beweis fuer das sozialpolitische Verstaendnis v. Krosigks, dem er dadurch erneut beredeten Ausdruck verlieh. Gerade der persoenlichen Noete und Sorgen seiner Gefolgschaft hat er sich stets mit besonderer Waerme und Hilfsbereitschaft angenommen.

In seiner Zeit, in der die Fuehrer der Partei und die Chefs der Ministerien ihren persoenlichen Vorteil stets in den Vordergrund rueckten und in der weite Kreise der Partei bereits voellig korrumpiert waren, gab v. KROSICK ein leuchtendes Beispiel fuer die Sauberkeit und Unantastbarkeit des in alten Traditionen grossgewordenen Berufsbeamtentums. Aus diesem Grunde genoss nicht nur bei den Angehoerigen seiner eigenen Verwaltung, sondern auch bei denen anderer Ressorts, die sich in der Vorbildlichkeit seiner Lebensfuehrung nicht verichliessen konnten, das groesste Ansehen. Dieses Ansehens erfreute er sich auch im Ausland. So oblag ihm auf Wunsch der ihm befreundeten Lord LOTHIAN die Auswahl der Cecil-Rhodes Stipendiaten fuer Deutschland.

Hamburg, den 18. März 1948



Die obenstehende Unterschrift des Dr. Franz SCHOLL, dessen Persoenlichkeit durch den unterzeichneten Rechtsanwalt Stefan F r i t s c h , aus N u e r n b e r g , festgestellt wurde, wird hiermit beglaubigt und von mir bezeugt,

Hamburg, den 18. Maerz 1948.



Rechtsanwalt.

25-82-111 Leidesd. Erklärungen

II u. III o. D.

Mit As. Vermutken

Schwein - Krossler

v. 23.5.48

Institut für Zeitgeschichte - AUC

Aus dem Besitz des RA. Fritsch,
Angsburg. (Vert. Fall VII u. XI)

ZS-33/1-12

sehen, die es am heiligsten Tage drüß Vale, seien die drei jungen Buecken gewesen, die sich gewisger
baeten, sich in die Volkesliste eintragen zu lassen. Wahrscheinlich seien das die einzigen echten Deutschen
gewesen. Es waren an dem Tage jedweifels die einzigen gewesen, die sich gewisger baeten, Deutsche
zu werden.

5) Von dem jetzt erst durch die Nuernberger Propose bekannt gewordenen Verbrechen der
Kindereutnachtraegen aus den besetzten Gebieten, der Massnahmen gegen den dortigen Geburten-
richtum, der Schwangerschaftsunterbrechungen bei Geschlechtsverkehr zwischen Deutschen und
Frauenvoelkchen habe ich nachdem meiner Tuedigkeit in R.F.M. nie etwas gehoert. Da alle Eingaben
je an den Minister durch meine Haend laufen, weiss ich, dass auch kein in Schriftstueck der hiesigen
Ausstaendigen Stellen habe solche Massnahmen nie eingezungen ist. Es kann es auch auf jede
se Weise nicht erfahren haben, da es sonst bestimmt mit mir darueber gesprochen haette.

[Faint, mostly illegible handwritten text, likely bleed-through from the reverse side of the page.]

Eidesstattliche Erklärung

Ich, geboren am in
deutsche Staatsangehörigkeit,

wohnhaft

bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich mich strafbar mache, wenn ich eine falsche eidesstattliche Erklärung abgebe. Ich erkläre an Eidesstatt, dass meine Aussage der Wahrheit entspricht und gemacht wurde, um als Beweismaterial dem Militärgerichtshof IV im Justizpalast Nürnberg, Deutschland, vorgelegt zu werden.

Zur Einstellung des Grafen Schwerin v. Krosigk zur Einziehung von staatsfeindlichem Vermögen ist mir ein bezeichnender Vorgang erinnerlich. Im Rheinland sollte eine Finanzschule eingerichtet werden. In Aussicht genommen war dafür ein Gebäude, das einem katholischen Orden gehörte und bisher für Schulzwecke verwandt worden war, jetzt aber leer stand. Die Verhandlungen mit dem Orden zogen sich in die Länge, da man über den Preis nicht einig werden konnte. Der Landrat des Kreises, zu dem die Schule gehörte und der ein grosses Interesse daran hatte, die Finanzschule in seinen Kreis zu bekommen, befürchtete wohl, dass die Verhandlungen sich zerschlagen könnten und steckte sich daher hinter die Gestapo, ohne dass das RFM etwas davon erfuhr. Die Gestapo leitete ein Verfahren gegen den Orden wegen staatsfeindlicher Handlungen ein - nach meiner Erinnerung wurden bei einigen Mitgliedern des Ordens Übertretungen von Ernährungsvorschriften festgestellt - und zog das Vermögen des Ordens als dem Reich verfallen ein. An das RFM kam ein Bericht, dass die fragliche Schule nunmehr Reichsbesitz

./.

sei und für die Einrichtung der Finanzschule zur Verfügung stehe. Graf Schwerin v. Krosigk schrieb auf den Bericht nur: Wir sind keine Bolschewisten. Er ordnete an, dass die Finanzschule nur in den Kreis käme, wenn die Einziehung rückgängig gemacht und dem Orden ein, berechtigten Forderungen entsprechender, anständiger Preis gezahlt würde. Die Einziehung wurde rückgängig gemacht.

.....

Institut für Zeitgeschichte

III. Affidavit Scholl.

Die Einstellung des Grafen Löwen zu Krosigk zur Einziehung im staatsfeindlichen Vermögen ist mir ein bezeichnender Vorgang erinnerlich. Im Rheinland sollte eine Finanzschule eingerichtet werden. In Aussicht genommen war dafür ein Gebäude, das einem katholischen Orden gehörte und bisher für Schulzwecke verwendet worden war, jetzt aber leer stand. Die Verhandlungen mit dem Orden gingen in die Länge, da man über den Preis nicht einig werden konnte. Der Landrat des Kreises, zu dem die Schule gehörte und die ein grosses Interesse daran hatte, die Finanzschule in seinem Kreis zu bekommen, befürchtete wohl, dass die Verhandlungen sich verzögern könnten und steckte sich dabei hinter die Gestapo, ohne dass das R.F.H. etwas davon erfuhr. Die Gestapo leitete ein Verfahren gegen den Orden wegen staatsfeindlicher Handlungen ein - nach meiner Erinnerung wurden bei einigen Mitgliedern des Ordens Uebersetzungen von Erbauungsvorschriften festgestellt - und zog das Vermögen des Ordens als dem Reich verfallen ein. Aus dem R.F.H. kam ein Bericht, dass die fragliche Schule nunmehr Reichsbesitz sei und für die Einrichtung der Finanzschule zur Verfügung stehe. Graf Löwen zu Krosigk schrieb auf den Bericht nur: Wir sind keine Bolschewisten. Er ordnete an, dass die Finanzschule nur in den Kreis käme, wenn die Einziehung rückgängig gemacht und dem Orden ein berechtigtes Forderungsausgleichender, ausserordentlicher Preis gezahlt wurde. Die Einziehung wurde rückgängig gemacht.

Institut für...

Eidesstattliche Erklärung

Ich, geboren am in
deutsche Staatsangehörigkeit,

wohnhaft

bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich mich strafbar mache, wenn ich eine falsche eidesstattliche Erklärung abgebe. Ich erkläre an Eidesstatt, dass meine Aussage der Wahrheit entspricht und gemacht wurde, um als Beweismaterial dem Militärgerichtshof IV im Justizpalast Nürnberg, Deutschland, vorgelegt zu werden.

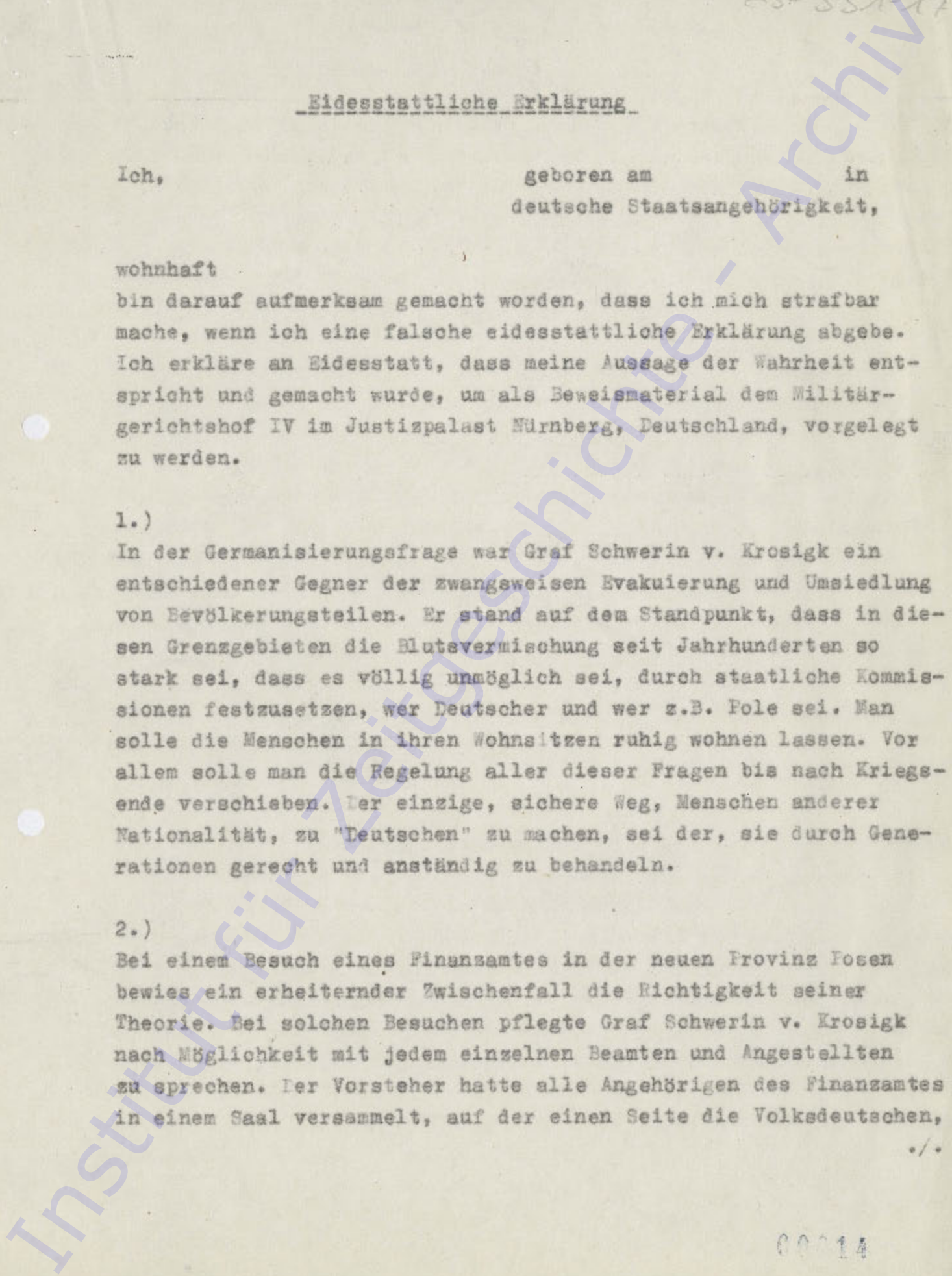
1.)

In der Germanisierungsfrage war Graf Schwerin v. Krosigk ein entschiedener Gegner der zwangweisen Evakuierung und Umsiedlung von Bevölkerungsteilen. Er stand auf dem Standpunkt, dass in diesen Grenzgebieten die Blutsvermischung seit Jahrhunderten so stark sei, dass es völlig unmöglich sei, durch staatliche Kommissionen festzusetzen, wer Deutscher und wer z.B. Pole sei. Man solle die Menschen in ihren Wohnsitzen ruhig wohnen lassen. Vor allem solle man die Regelung aller dieser Fragen bis nach Kriegsende verschieben. Der einzige, sichere Weg, Menschen anderer Nationalität, zu "Deutschen" zu machen, sei der, sie durch Generationen gerecht und anständig zu behandeln.

2.)

Bei einem Besuch eines Finanzamtes in der neuen Provinz Posen bewies ein erheiternder Zwischenfall die Richtigkeit seiner Theorie. Bei solchen Besuchen pflegte Graf Schwerin v. Krosigk nach Möglichkeit mit jedem einzelnen Beamten und Angestellten zu sprechen. Der Vorsteher hatte alle Angehörigen des Finanzamtes in einem Saal versammelt, auf der einen Seite die Volksdeutschen,

./.



auf der anderen Seite die Polen. Es waren alles frühere Angehörige des Finanzamtes, die einfach in ihrer Arbeit belassen worden waren. Als Graf Schwerin v. Krosigk nun mit den Volkadeutschen sprach, stiess er gleich auf zwei, die polnische Namen hatten und nur gebrochen deutsch sprachen. Bei den "Polen" hatten gleich die beiden ersten, die er ansprach, deutsche Namen und sprachen fließend deutsch.

3.)

Wenn er Gelegenheit hatte, mit den Gauleitern der neuen Gebiete zu sprechen, trug er ihnen seine Gedanken eindringlich vor. Er warnte besonders immer wieder vor Evakuierung. Auf das grösste Verständnis stiess er bei dem ruhigen und verständigen Oberpräsidenten von Schlesien, Joseph Wagner. Wenig Verständnis fand er bei dem Gauleiter von Posen, Greiser. Der Gauleiter von Westpreussen-Danzig, Forster, stand anfangs auf dem Standpunkt, dass er möglichst bald alle Polen evakuieren wollte. Später änderte er seine Auffassung und war nun, im Gegensatz zur Politik der SS und der Partei, eifrig dafür, alle Angehörigen seines Gaus - er nannte sie jetzt alle, ob Deutsche oder Polen, "Westpreussen" - in die deutsche Volksliste aufzunehmen.

4.)

Auf Bitten des Gauleiters Forster wohnte Graf Schwerin v. Krosigk, obwohl er an sich mit diesen Fragen nichts zu tun hatte, einmal der Sitzung einer solchen Eindeutschungskommission bei. Er sagte hinterher dem Gauleiter, dies sei zwar besser als die Evakuierung, es sei aber doch ein sinnloses Verfahren. Die einzigen anständigen und brauchbaren Menschen, die er am heutigen Tage erlebt habe, seien die drei jungen Burschen gewesen, die sich geweigert hätten, sich in die Volksliste eintragen zu lassen. Wahrscheinlich seien das die einzigen echten Deutschen gewesen. Es waren an dem Tage jedenfalls die einzigen gewesen, die sich geweigert hatten, Deutsche zu werden.

5.)

Von den jetzt erst durch die Nürnberger Prozesse bekannt gewordenen Verbrechen der Kinderentführungen aus den besetzten Gebieten, der Massnahmen gegen den dortigen Geburtenreichtum, der Schwangerschaftsunterbrechungen bei Geschlechtsverkehr zwischen Deutschen und Fremdvlkischen habe ich während meiner Tätigkeit im RFM nie etwas gehört. Da alle Eingänge an den Minister durch meine Hand liefen, weiss ich, dass auch ihm ein Schriftstück der hierfür zuständigen Stellen über solche Massnahmen nie zugegangen ist. Er kann es auch auf andere Weise nicht erfahren haben, da er sonst bestimmt mit mir darüber gesprochen hätte.

.....

Aus dem Besitz des RA. Fritsch,
Augsburg. (Vert. Fall VII u. XI)

FS-334-20

Eidesstattliche Erklärung

Ich, *Dr. Franz Scholl* geboren am *1. 3. 92* in
Köln, deutsche Staatsangehörigkeit,

wohnhaft *Hamburg - Kl. Flottbek, Olmshorst 28*
bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich mich strafbar mache, wenn ich eine falsche eidesstattliche Erklärung abgebe. Ich erkläre an Eidesstatt, dass meine Aussage der Wahrheit entspricht und gemacht wurde, um als Beweismaterial dem Militärgerichtshof IV im Justizpalast Nürnberg, Deutschland, vorgelegt zu werden.

1.)
In der Germanisierungsfrage war Graf Schwerin v. Krosigk ein entschiedener Gegner der zwangswweisen Evakuierung und Umsiedlung von Bevölkerungsteilen. Er stand auf dem Standpunkt, dass in diesen Grenzgebieten die Blutsvermischung seit Jahrhunderten so stark sei, dass es völlig unmöglich sei, durch staatliche Kommissionen festzusetzen, wer Deutscher und wer z.B. Pole sei. Man solle die Menschen in ihren Wohnsitzen ruhig wohnen lassen. Vor allem solle man die Regelung aller dieser Fragen bis nach Kriegsende verschieben. Der einzige, sichere Weg, Menschen anderer Nationalität, zu "Deutschen" zu machen, sei der, sie durch Generationen gerecht und anständig zu behandeln.

2.)
Bei einem Besuch eines Finanzamtes in der neuen Provinz Posen bewies ein erheiternder Zwischenfall die Richtigkeit seiner Theorie. Bei solchen Besuchen pflegte Graf Schwerin v. Krosigk nach Möglichkeit mit jedem einzelnen Beamten und Angestellten zu sprechen. Der Vorsteher hatte alle Angehörigen des Finanzamtes in einem Saal versammelt, auf der einen Seite die Volksdeutschen,

auf der anderen Seite die Polen. Es waren alles frühere Angehörige des Finanzamtes, die einfach in ihrer Arbeit belassen worden waren. Als Graf Schwerin v. Krosigk nun mit den Volksdeutschen sprach, stiess er gleich auf zwei, die polnische Namen hatten und nur gebrochen deutsch sprachen. Bei den "Polen" hatten gleich die beiden ersten, die er ansprach, deutsche Namen und sprachen fließend deutsch.

3.)

Wenn er Gelegenheit hatte, mit den Gauleitern der neuen Gebiete zu sprechen, trug er ihnen seine Gedanken eindringlich vor. Er warnte besonders immer wieder vor Evakuierung. Auf das grösste Verständnis stiess er bei dem ruhigen und verständigen Oberpräsidenten von Schlesien, Joseph Wagner. Wenig Verständnis fand er bei dem Gauleiter von Posen, Greiser. Der Gauleiter von Westpreussen-Danzig, Forster, stand anfangs auf dem Standpunkt, dass er möglichst bald alle Polen evakuieren wollte. Später änderte er seine Auffassung und war nun, im Gegensatz zur Politik der SS und der Partei, eifrig dafür, alle Angehörigen seines Gaus - er nannte sie jetzt alle, ob Deutsche oder Polen, "Westpreussen" - in die deutsche Volksliste aufzunehmen.

4.)

Auf Bitten des Gauleiters Forster wohnte Graf Schwerin v. Krosigk, obwohl er an sich mit diesen Fragen nichts zu tun hatte, einmal der Sitzung einer solchen Eindeutschungskommission bei. Er sagte hinterher dem Gauleiter, dies sei zwar besser als die Evakuierung, es sei aber doch ein sinnloses Verfahren. Die einzigen anständigen und brauchbaren Menschen, die er am heutigen Tage erlebt habe, seien die drei jungen Burschen gewesen, die sich geweigert hätten, sich in die Volksliste eintragen zu lassen. Wahrscheinlich seien das die einzigen echten Deutschen gewesen. Es waren an dem Tage jedenfalls die einzigen gewesen, die sich geweigert hatten, Deutsche zu werden.

5.)

Von den jetzt erst durch die Nürnberger Prozesse bekannt gewordenen Verbrechen der Kinderentführungen aus den besetzten Gebieten, der Massnahmen gegen den dortigen Geburtenreichtum, der Schwangerschaftsunterbrechungen bei Geschlechtsverkehr zwischen Deutschen und Fremdvlkischen habe ich während meiner Tätigkeit im RFM nie etwas gehört. Da alle Eingänge an den Minister durch meine Hand liefen, weiss ich, dass auch ihm ein Schriftstück der hierfür zuständigen Stellen über solche Massnahmen nie zugegangen ist. Er kann es auch auf andere Weise nicht erfahren haben, da er sonst bestimmt mit mir darüber gesprochen hätte.

Dr. Franz Müller

Institut für Zeitgeschichte

Aus dem Besitz des RA. Fritsch,

Augsburg. (Vert. Fall VII u. XI)

25-331-24

Eidesstattliche Erklärung III

Ich, *Dr. Franz Scholl*
Köln,

geboren am *1. 3. 92* in
deutsche Staatsangehörigkeit,

wohnhaft *Hamburg - Kl. Flottbek, Olmshorst 28*

bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich mich strafbar mache, wenn ich eine falsche eidesstattliche Erklärung abgebe. Ich erkläre an Eidesstatt, dass meine Aussage der Wahrheit entspricht und gemacht wurde, um als Beweismaterial dem Militärgerichtshof IV im Justizpalast Nürnberg, Deutschland, vorgelegt zu werden.

Zur Einstellung des Grafen Schwerin v. Krosigk zur Einziehung von staatsfeindlichem Vermögen ist mir ein bezeichnender Vorgang erinnerlich. Im Rheinland sollte eine Finanzschule eingerichtet werden. In Aussicht genommen war dafür ein Gebäude, das einem katholischen Orden gehörte und bisher für Schulzwecke verwandt worden war, jetzt aber leer stand. Die Verhandlungen mit dem Orden zogen sich in die Länge, da man über den Preis nicht einig werden konnte. Der Landrat des Kreises, zu dem die Schule gehörte und der ein grosses Interesse daran hatte, die Finanzschule in seinen Kreis zu bekommen, befürchtete wohl, dass die Verhandlungen sich zerschlagen könnten und steckte sich daher hinter die Gestapo, ohne dass das RFM etwas davon erfuhr. Die Gestapo leitete ein Verfahren gegen den Orden wegen staatsfeindlicher Handlungen ein - nach meiner Erinnerung wurden bei einigen Mitgliedern des Ordens Übertretungen von Ernährungsvorschriften festgestellt - und zog das Vermögen des Ordens als dem Reich verfallen ein. An das RFM kam ein Bericht, dass die fragliche Schule nunmehr Reichsbesitz

./.

sei und für die Einrichtung der Finanzschule zur Verfügung stehe. Graf Schwerin v. Krosigk schrieb auf den Bericht nur: Wir sind keine Bolschewisten. Er ordnete an, dass die Finanzschule nur in den Kreis käme, wenn die Einziehung rückgängig gemacht und dem Orden ein, berechtigten Forderungen entsprechender, anständiger Preis gezahlt würde. Die Einziehung wurde rückgängig gemacht.

.....
W. Franz Müller

Institut für Zeitgeschichte Archiv